

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV

Kapitel 1: Grundlagen und Konzeption des Versorgungsausgleichs	1
A. Zielsetzung des Versorgungsausgleichs	1
I. Der Versorgungsausgleich als eigenständiges Vorsorgesystem in der Struktur nach dem 1. EheRG seit dem 01.07.1977.	1
II. Der Versorgungsausgleich als Reaktion auf die Mängel des bis zum 30.6.1977 geltenden Versorgungssystems.	2
III. Grundlagen des Versorgungsausgleichs	2
IV. Lücken der sozialen Sicherung	3
V. Strukturelle Mängel des Versorgungsausgleichs in der Fassung des 1. EheRG	5
VI. Gliederungsstruktur des VersAusglG	6
B. Rechtliche Gestaltung des Versorgungsausgleichs	8
I. Neue Gliederung des Ausgleichssystems	8
II. Begründung eines eigenständigen Anrechts im Wertausgleich bei der Scheidung – Aufgabe der Einbindung in das vorhandene System der gesetzlichen Rentenversicherung.	8
III. Andere Formen des Ausgleichs bei Ausgleichsansprüchen nach der Scheidung	9
IV. Dogmatische Einordnung des Versorgungsausgleichs	10
V. Verhältnis zu anderen Regelungsbereichen	11
C. Anwendungsbereich	17
I. Versorgungsausgleich bei Scheidung und Aufhebung einer Ehe	17
II. Personeller Anwendungsbereich	17
III. Ausnahmen von der Durchführung des Versorgungsausgleichs	18
D. Anrechte, die dem Versorgungsausgleich unterliegen; Abgrenzung zu anderen Vermögenspositionen	21
I. Voraussetzungen	21
II. Erfasste Versorgungsarten	22
III. Begriff der Anwartschaft	22
IV. Versorgung wegen Alters sowie Invalidität	26
V. Berücksichtigung einer Hinterbliebenenversorgung	28
VI. Vorsorgeleistungen mit anderer Zweckbestimmung als dem Fall des Alters und der Invalidität	29
VII. Anrechte, die mithilfe der Arbeit oder des Vermögens erworben wurden	38
VIII. Anrechte, die in der Ehezeit geschaffen oder aufrechterhalten worden sind	42
IX. Nichtberücksichtigung familienbezogener Bestandteile einer Versorgung	47
X. Sonstige Versorgungsbestandteile	47
XI. Wertlose und nicht feststellbare Anrechte	47
E. Begriff und Bedeutung der Ehezeit	49
I. Grundlagen	49
II. Einzelheiten der Bestimmung des Ehezeitendes	49
III. Bestimmung des Ehezeitendes bei Verfahrensverzögerungen	50
IV. Bestimmung des Ehezeitendes bei mehreren Scheidungsanträgen sowie bei Rücknahme eines Scheidungsantrages	51
V. Ehezeitende bei Antrag auf Aufhebung der Ehe	52
VI. Bestimmung des Ehezeitendes bei verfrüht gestelltem Scheidungsantrag	52
VII. Ehezeitende bei vorausgegangenem gerichtlichen Trennungsverfahren (nach italienischem Recht)	53
VIII. Vereinbarungen über das Ende der Ehezeit	53

IX. Keine Zwischenentscheidung bei Festlegung des Ehezeitendes, keine Korrektur durch Abänderungsverfahren	56
F. Wiederheirat des geschiedenen Ehegatten und Versorgungsausgleich	57
G. Doppelheirats und Versorgungsausgleich	57
H. Änderung von Anrechten nach Ehezeitende bei Höhe und Form des Ausgleichs	57
I. Grundsatz	57
II. Aufnahme einer ausdrücklichen gesetzlichen Regelung durch das VAStrRefG	58
III. Rechtsprechung des BGH	59
IV. Wegfall einer Versorgung nach Ende der Ehezeit	65
V. Änderung der Form des Ausgleichs nach Ehezeitende	66
I. Struktur des Versorgungsausgleichs	67
J. Übergangsbestimmungen	68
I. Übergangsvorschriften des 1. EheRG	68
II. Übergangsvorschriften des VAStrRefG	68
Kapitel 2: Bewertung von Anrechten auf eine Versorgung wegen Alters oder Invalidität	72
A. Grundlagen	72
I. Einbindung der Bewertungsvorschriften in das VersAusglG	72
II. Neustrukturierung der Wertermittlung – Teil 2 des VersAusglG	72
III. Der Begriff des korrespondierenden Kapitalwerts	86
B. Wertermittlung in der Beamtenversorgung	94
I. Grundlagen	94
II. Personenkreis der Regelung des § 44 Abs. 1 VersAusglG	95
III. Leistungen der Beamtenversorgung, die dem Versorgungsausgleich unterliegen	102
IV. Bestimmung des maßgebenden Ruhegehalts	104
C. Wertermittlung in der gesetzlichen Rentenversicherung	133
I. Grundlagen	133
II. Anwendungsbereich des § 43 VersAusglG	134
III. Die Rechtsentwicklung seit dem Rentenreformgesetz 1992 und dessen Auswirkungen auf den Versorgungsausgleich	145
D. Gesetz zur Überleitung des Versorgungsausgleichs auf das Beitrittsgebiet	166
I. Grundlagen des Renten-Überleitungsgesetzes	166
II. Regelungszweck des durch Art. 22 Nr. 4 VAStrRefG aufgehobenen Gesetzes zur Überleitung des Versorgungsausgleichs auf das Beitrittsgebiet	169
III. Aufhebung des Versorgungsausgleichsüberleitungsgesetzes – Auswirkungen auf den Versorgungsausgleich	171
E. Wertermittlung in der betrieblichen Altersversorgung	173
I. Der Begriff der betrieblichen Altersversorgung	173
II. Die betriebliche Altersversorgung nach dem BetrAVG	173
III. Die Pensions- bzw. Direktzusage eines Selbstständigen oder Gesellschafter-Geschäftsführers	194
IV. Berechnung des Ehezeitanteils einer betrieblichen Altersversorgung des BetrAVG	194
V. Verfallbare Anrechte im Bereich der betrieblichen Altersversorgung	215
VI. Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes	218
F. Wertermittlung bei Pensionszusagen für Selbstständige, Gesellschafter-Geschäftsführer	225
I. Grundlagen	225
II. Wertermittlung im Versorgungsausgleich	226
G. Wertermittlung bei berufsständischen Versorgungsgesellschaften	230
I. Grundlagen	230
II. Bewertungsmethoden bei berufsständischen Versorgungsgesellschaften	230
H. Alterssicherung für Landwirte	234
I. Grundlagen	234
II. Berechnung des Anrechts	234

III.	Bewertung von Bestandsrenten	235
IV.	Leistungsteile, die nicht dem Versorgungsausgleich unterliegen	235
I.	Überstaatliche oder zwischenstaatliche sowie ausländische Betriebsrenten	236
J.	Wertermittlung bei privaten Rentenversicherungen	236
I.	Grundlagen	236
II.	Anwendungsbereich im Versorgungsausgleich	239
K.	Begriff der Dynamik	247
I.	Bedeutung der Dynamik im reformierten Versorgungsausgleich	247
II.	Begriffsbestimmung	249
III.	Dynamik der gesetzlichen Rentenversicherung sowie Beamtenversorgung	249
IV.	Begriff der Voll- sowie Teildynamik	250
V.	Dynamik und Finanzierungsverfahren	252
VI.	Einkommensabhängige Anpassungen	252
VII.	Verfall der Einkommensdynamik	253
VIII.	Preisentwicklung	253
IX.	Zinsdynamik	253
X.	Berufsständische Versorgungs	254
XI.	Sonstige Versorgungs	254
Kapitel 3: Der Wertausgleich von Versorgungsanrechten		255
A.	Einleitung	255
B.	Gliederung der Regelungen zum Wertausgleich	255
C.	Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich	257
I.	Regelungszweck der §§ 6–8 VersAusglG	257
II.	Überblick über die gesetzlichen Bestimmungen	258
D.	Der Wertausgleich bei der Scheidung	258
I.	Überblick sowie verfahrensrechtliche Grundlagen	258
II.	Regelung der Rangfolge nach § 9 VersAusglG	260
III.	Interne Teilung von Anrechten für die ausgleichsberechtigte Person	260
IV.	Anforderungen an die interne Teilung nach §§ 10, 11 VersAusglG	271
V.	Reichweite der Gestaltungsbefugnis nach § 11 VersAusglG	277
VI.	Auswirkungen des neuen Ausgleichsystems	279
VII.	Rechtsfolge der internen Teilung von Anrechten der betrieblichen Altersversorgung – Lohnsteuer – Krankenversicherung	280
VIII.	Ausgleichswert bei laufender Rentenzahlung zum Ehezeitende	281
IX.	Unterschiedliche Wertentwicklung von Bausteinen einer einheitlichen Versorgung – Be- schlussformel	285
X.	Interne Teilung eines Anrechts aus einem öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhält- nis	285
XI.	Interne Teilung eines Anrechts nach dem Abgeordnetengesetz	288
XII.	Interne Teilung der Alterssicherung der Landwirte und Schornsteinfeger	288
XIII.	Anordnung der internen Teilung nach maßgeblicher Bezugsgröße	289
XIV.	Teilungskosten des Versorgungsträgers	289
XV.	Externe Teilung	293
XVI.	Wahlrecht hinsichtlich der Zielversorgung bei externer Teilung, § 15 VersAusglG	298
XVII. Verfassungswidrigkeit der externen Teilung wegen Verfehlung des Halbteilungsgrundsatzes?	301
XVIII. Externe Teilung von Anrechten aus einem öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnis	304
XIX.	Weiterleitung der Krankenversicherungspflicht bei der externen Teilung	307
XX.	Geringfügige Ausgleichswerte	308
XXI.	Fehlende Ausgleichsreife eines Anrechts	319

E.	Ergänzende Vorschriften	332
I.	Überblick	332
II.	Ausgleich eines Anrechts der Privatvorsorge wegen Invalidität	332
III.	Leistungsverbot bis zum Abschluss eines Verfahrens, § 29 VersAusglG	334
IV.	Schutz des Versorgungsträgers, § 30 VersAusglG	336
V.	Tod eines Ehegatten, § 31 VersAusglG	340
F.	Steuerrechtliche Auswirkungen des Versorgungsausgleichs	348
I.	Rechtslage bis zum Alterseinkünftegesetz vom 05.07.2004	348
II.	Neuordnung der steuerlichen Behandlung der Altersvorsorge durch das Alterseinkünftegesetz	349
III.	Steuerliche Regelungen nach den VAStrRefG	352
IV.	Besteuerung eines Anrechts der gesetzlichen Rentenversicherung	354
V.	Wiederauffüllung eines durch den Versorgungsausgleich gekürzten Anrechts der gesetzlichen Rentenversicherung	355
VI.	Steuerrechtliche Auswirkungen bei Ausgleich einer Beamtenversorgung	355
VII.	Steuerrechtliche Auswirkungen bei berufsständischen Versorgung	357
VIII.	Steuerrechtliche Auswirkungen bei sonstigen Versorgung	357
IX.	Anrechte der privaten Versicherung	358
X.	Steuerrechtliche Folgen der Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	360
XI.	Anerkennung von Werbungskosten bei Abfindungsleistungen zum Versorgungsausgleich	361
G.	Grundlagen der Kranken- und Pflegeversicherung	363
H.	Insolvenz der ausgleichspflichtigen Person; Pfändung eines Anrechts	365
I.	Grundlagen	365
II.	Vollstreckungsschutz in der Anwartschaftsphase	365
III.	Gesetzliche Vorschriften bei Leistungen einer Alters- und Invaliditätssicherung	366
IV.	Auswirkungen im Versorgungsausgleich bei Insolvenz und Einzelzwangsvollstreckung	366
V.	Schuldrechtliche Ausgleichsrente und Insolvenz	367
Kapitel 4:	Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	368
A.	Regelungsbereich	368
I.	Eingeschränkter Anwendungsbereich des schuldrechtlichen Versorgungsausgleichs im neuen Versorgungsausgleich	368
II.	Fortbestehender Anwendungsbereich bei schuldrechtlichen Ausgleichsansprüchen in Altfällen	369
III.	Anwendungsbereich der Ausgleichsansprüche nach der Scheidung im reformierten Versorgungsausgleich, Verhältnis zum Abänderungsverfahren	370
IV.	Eingeschränkte Sicherheit des Leistungsbezugs – Risiken bei Vereinbarung des Wertausgleichs nach der Scheidung gem. den §§ 20–24 VersAusglG	372
V.	Abschließender Regelungsbereich der Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	372
B.	Überblick über die Vorschriften zum Wertausgleich nach der Scheidung	374
C.	Der Anspruch auf die schuldrechtliche Ausgleichsrente nach § 20 VersAusglG	375
I.	Grundlagen	375
II.	Beginn und Voraussetzungen der Leistungen zur schuldrechtlichen Ausgleichsrente	376
III.	Der Ausgleichsanspruch dem Grunde nach	377
IV.	Fälligkeit des Anspruchs	379
V.	Ausgleichsanspruch der Höhe nach	382
VI.	Verfahrensfragen	385
VII.	Wegfall eines Anrechts nach Ehezeitende	386
VIII.	Ausgleich einer beim Wertausgleich bei der Scheidung vergessenen Versorgung	387
IX.	Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen – Nettoprinzip des Ausgleichs	388
X.	Steuerrechtliche Auswirkungen	390
XI.	Anwendung der Härteklausele nach § 27 VersAusglG, Doppelbelastung bei Unterhaltsleistungen und rückständiger schuldrechtlicher Ausgleichsrente	391

XII. Besonderheiten der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes	391
XIII. Schuldrechtliche Ausgleichsrente bei ausländischen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Anrechten	392
XIV. Pflicht zur Auskunftserteilung, vorzeitige Abfindung der Versorgung	392
XV. Modalitäten der Zahlung der Ausgleichsrente, Verzug, Verwirkung bei verzögerter Geltendmachung, Wiederheirat	393
XVI. Erlöschen bei Tod des Ausgleichsberechtigten und Ausgleichspflichtigen	394
D. Abtretung von Versorgungsansprüchen gem. § 21 VersAusglG	395
I. Regelungsbereich, vorläufiger Rechtsschutz	395
II. Voraussetzungen	395
III. Änderung der Verhältnisse nach erfolgter Abtretung	396
IV. Aufhebung von Abtretungsverboten und -beschränkungen, § 21 Abs. 3 VersAusglG	396
V. Verfahren	396
VI. Rückübertragung abgetretener Versorgungsansprüche auf den Ausgleichspflichtigen	397
E. Anspruch auf Ausgleich von Kapitalzahlungen gem. § 22 VersAusglG	397
I. Leistungsvoraussetzungen	397
II. Auszahlung des Kapitalbetrags vor Fälligkeit des Anspruchs	398
F. Anspruch auf Abfindung, Zumutbarkeit	398
I. Zweck der Regelung	398
II. Anwendungsbereich	399
III. Auswirkungen	399
IV. Voraussetzungen	399
V. Wirtschaftliche Zumutbarkeit für den Ausgleichspflichtigen	401
VI. Höhe der Abfindung	405
VII. Zweckbindung der Abfindungszahlung	406
VIII. Verfahren	407
IX. Tod des Ausgleichsberechtigten	408
X. Anrechnung auf den Unterhalt	408
G. Abänderungen rechtskräftiger Entscheidungen und Vereinbarungen zum Wertausgleich nach der Scheidung, Beschwerde gegen Endentscheidungen	409
I. Voraussetzungen der Abänderung, Regelungsbereich	409
II. Fehlende Billigkeitsklausel	409
III. Verfahren, Beschwerdeverfahren	410
IV. Abänderung einer Vereinbarung zur schuldrechtlichen Ausgleichsrente	410
H. Verhältnis zum nachehelichen Unterhalt	410
I. Verfahrensfragen	411
I. Antragsverfahren, Zulässigkeit im Verbundverfahren	411
II. Feststellungsinteresse	411
Kapitel 5: Teilhabe an der Hinterbliebenenversorgung	413
A. Überblick	413
B. Normzweck des § 25 VersAusglG – Anspruch gegen den Versorgungsträger	413
C. Schutz der Träger der auszugleichenden Versorgung	413
D. Voraussetzungen des Anspruchs, § 25 Abs. 1 VersAusglG	414
I. Vorliegen einer Hinterbliebenenversorgung	414
II. Persönliche Voraussetzungen beim Ausgleichsberechtigten	418
III. Höhe des Ausgleichsanspruchs	419
E. Anrechnung anderweitiger Leistungen nach § 25 Abs. 3 Satz 2 VersAusglG, Unterhaltsbeitrag nach § 22 BeamtVG	420
F. Wertausgleich bei mehreren auszugleichenden Versorgungen beider Ehegatten	421
G. Anpassung der Ausgleichsrente	422

H.	Keine Bindung des Versorgungsträgers an rechtskräftige Entscheidungen zu schuldrechtlichen Ausgleichszahlungen, Abfindung, vergessene Versorgung.	422
I.	Eigenständiger Anspruch, Umfang von Einwendungen.	422
II.	Anspruch bei vergessener Versorgung im Wertausgleich bei der Scheidung bzw. dem öffentlich-rechtlichen Versorgungsausgleich.	422
I.	Ausschluss des Anspruchs nach § 25 Abs. 2 VersAusglG.	423
I.	Regelungsbereich der Vorschrift.	423
II.	Kein Eingreifen bei vereinbartem schuldrechtlichen Versorgungsausgleich nach dem bis zum 31.08.2009 geltenden Recht.	423
J.	Kürzung der Hinterbliebenenversorgung, § 25 Abs. 5 VersAusglG.	424
I.	Regelungszweck der Kürzung.	424
II.	Kürzung über den Tod der ausgleichsberechtigten Person.	425
K.	Verweisung auf anwendbare Vorschriften, § 25 Abs. 2, 3 VersAusglG.	425
L.	Schutz des Versorgungsträgers.	426
M.	Auskunftspflichten.	427
N.	Verfahren bei Ansprüchen nach § 25 VersAusglG.	427
I.	Familiengerichtliche Zuständigkeit.	427
II.	Antragsvoraussetzung.	427
III.	Entscheidung des Familiengerichts, Vollstreckung.	427
IV.	Feststellungsinteresse.	428
O.	Anspruch bei nicht innerstaatlichen Versorgungsen, § 26 VersAusglG.	428
I.	Voraussetzungen.	428
II.	Keine Kürzung nach Tod des Ausgleichsberechtigten.	429
Kapitel 6: Beschränkung oder Wegfall des Versorgungsausgleichs.		430
A.	Grundlagen.	430
I.	Normzweck des § 27 VersAusglG.	430
II.	Funktion einer Generalklausel.	430
III.	Die Funktion der Härteklauseel im neuen Ausgleichssystem.	431
IV.	Verhältnis zu §§ 242, 1381, 1579 BGB.	434
V.	Unterschiedliche Zeitpunkte zur Anwendung der Härtefallklauseel.	435
VI.	Keine Regelung zur Beseitigung systembedingter Unstimmigkeiten.	436
VII.	Begriff der groben Unbilligkeit.	437
VIII.	Umfang des Ausschlusses.	438
B.	Aufgliederung der Härtegründe nach § 27 VersAusglG.	439
I.	Übernahme der Härtegründe aus § 1587c BGB a. F.?	439
II.	Beiderseitige Verhältnisse der Ehegatten.	440
III.	Versorgungslage beider Ehegatten – fehlende ausgewogene soziale Sicherheit.	442
IV.	Vermögensrechtliche Lage beider Ehegatten.	444
V.	Sonstige Umstände, besondere Leistungen für Familie.	444
VI.	Kurze Dauer der Ehe als Härtegrund, kurze bestehende Lebensgemeinschaft.	444
VII.	Lange Dauer der Trennung.	445
VIII.	Finanzierung der Ausbildung.	447
IX.	Herbeiführung einer Unterhaltsbedürftigkeit bei beiderseitigem Rentenbezug.	448
X.	Berücksichtigung eines persönlichen Fehlverhaltens.	448
XI.	Überspannung der ehelichen Solidarität, unzureichende Erwerbstätigkeit.	449
XII.	Einseitiger Versorgungserwerb wegen Rentenbezug eines Ehegatten während der Ehezeit; hoher Altersunterschied.	450
XIII.	Auswirkungen des Güterstandes.	450
XIV.	Wegfall eines Anrechts durch illoyales Handeln oder Unterlassen.	450
XV.	Verletzung der Unterhaltspflicht.	452
XVI.	Sonstige Härtefälle.	454

C.	Weitere Fragen zur Härteklausele	454
I.	Wegfall von Härtegründen mit dem Tod der ausgleichspflichtigen Person	454
II.	Einschränkung des Amtsermittlungsgrundsatzes in Härtefällen	455
D.	Ausschluss des Versorgungsausgleichs bei Ausgleichsansprüchen nach der Scheidung gem. den §§ 20–26 VersAusglG	456
I.	Regelungsbereich	456
II.	Fehlende Unterhaltsbedürftigkeit beim Ausgleichsberechtigten	457
III.	Unbillige Härte für den Ausgleichspflichtigen	459
IV.	Unbillige Härte zur Wahrung des Halbteilungsgrundsatzes wegen Belastung mit Sozialabgaben und Einkommensteuer	460
V.	Weitere Härtefälle	460
VI.	Rechtsfolgen, Verfahren	460
E.	Anwendung der Härtefallklausele bei Abänderung einer Entscheidung zum Versorgungsausgleich	460
I.	Regelungszweck des § 226 Abs. 3 FamFG	460
II.	Verhältnis zu § 27 VersAusglG	461
III.	Anwendungsfälle des § 226 Abs. 3 FamFG	462
F.	Berücksichtigung von Härtegründen nach § 27 VersAusglG im Abänderungsverfahren	463

Kapitel 7: Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich 464

A.	Grundlegende Neuordnung	464
B.	Schutz des wirtschaftlich schwächeren Ehegatten	464
I.	Inhaltskontrolle	464
II.	Formvorschriften	465
C.	Wirksamkeit von vor dem 01.09.2009 abgeschlossenen Altverträgen	466
D.	Regelungsbereich von Vereinbarungen	468
I.	Größerer Gestaltungsspielraum	468
II.	Regelungsbereich in zeitlicher Hinsicht	468
III.	Einbeziehung in den vermögensrechtlichen Ausgleich	468
IV.	Ausschluss des Versorgungsausgleichs	469
V.	Herausnahme bestimmter Zeiträume aus dem Wertausgleich	469
VI.	Vereinbarung des schuldrechtlichen Versorgungsausgleichs	470
VII.	Zulässigkeit der Verrechnung von beiderseitigen Anrechten der Ehegatten ohne Zustimmung der Versorgungsträger	471
E.	Vereinbarungen zum Versorgungsausgleich nach § 1408 Abs. 2 BGB	474
I.	Regelungsbereich	474
II.	Möglicher Inhalt von Vereinbarungen	475
III.	Auslegung von vor dem 01.09.2009 abgeschlossenen Eheverträgen mit vereinbarter Gütertrennung bei betrieblichen Altersversorgungen	476
F.	Inhaltskontrolle von Vereinbarungen	477
I.	Allgemeine Wirksamkeits- und Durchsetzungshindernisse	477
II.	Rechtsprechung des BGH zur Inhaltskontrolle bei Eheverträgen	477
III.	Einzelfälle zur Wirksamkeits- und Ausübungskontrolle	481
IV.	Wirksamkeit eines entschädigungslosen Verzichts auf den Versorgungsausgleich	481
V.	Altersvorsorge auf Kapitalbasis bei Ausschluss des gesetzlichen Güterstands	482
VI.	Inhaltskontrolle bei Scheidungsfolgenvereinbarungen	483
VII.	Teilwirksamkeit einer Scheidungsfolgenregelung	484
VIII.	Belchrung nach § 17 BeurkG und Inhaltskontrolle	484
IX.	Wirksamkeit eines Verzichts bei Ausgleichsleistungen	484
X.	Verfahrensfragen	485
XI.	Ausschluss des Versorgungsausgleichs in der Beschlussformel der Entscheidung	485
XII.	Vornahme der Inhaltskontrolle von Rechts wegen	486

XIII. Vereinbarungen nach Rechtskraft der Entscheidung zum Versorgungsausgleich – keine Umkehr des Versorgungsausgleichs bei Wiederheirat.	486
Kapitel 8: Anpassung nach Rechtskraft	487
A. Regelungsbereich	487
I. Ausgangslage	487
II. Umsetzung der verfassungsrechtlichen Vorgaben im reformierten Versorgungsausgleich	488
B. Beschränkung der Anpassung nach Rechtskraft auf die Regelsicherungssysteme	488
I. Voraussetzung der Anpassung nach den §§ 32–38 VAG	488
II. Kreis der anpassungsfähigen Anrechte	488
III. Rechtfertigung des eingeschränkten Anwendungsbereichs, Verfassungsmäßigkeit der Regelung	489
C. Überblick über die Fälle der Anpassung nach Rechtskraft	491
D. Anpassung wegen Unterhalt	491
I. Normzweck	491
II. Voraussetzungen einer Anpassung wegen Unterhalt	492
III. Stellung eines Antrags	492
IV. Voraussetzungen aufseiten der ausgleichsberechtigten Person	494
V. Voraussetzungen aufseiten der ausgleichspflichtigen Person	495
VI. Die Bestimmung der Anpassung nach § 33 Abs. 3 VersAusglG	497
VII. Anwendungsprobleme im Verhältnis der Abänderung eines Unterhaltstitels zur Festsetzung nach § 33 Abs. 1, 3 VersAusglG	502
VIII. Durchführung der Anpassung wegen Unterhalt	504
IX. Prüfungspflichten des Familiengerichts	505
X. Zeitpunkt und Beendigung der Aussetzung der Kürzung, Mitwirkungspflichten	505
XI. Änderung der Rentenbescheide der ausgleichspflichtigen und ausgleichsberechtigten Person, Nachzahlung	506
XII. Verzeihung des Härtegrundes nach § 1579 BGB	506
E. Anpassung wegen Invalidität	507
I. Regelungszweck	507
II. Voraussetzungen	507
III. Beispiel einer Anpassung nach § 35 Abs. 1 VersAusglG	508
IV. Versorgung, die dem Regelungsbereich des § 35 Versorgungsausgleich unterliegen	509
V. Durchführung der Anpassung wegen Invalidität oder einer besonderen Altersgrenze	509
F. Anpassung wegen Todes der ausgleichsberechtigten Person	510
I. Grundlagen, Änderungen des neuen Rechts	510
II. Voraussetzungen der Aussetzung der Kürzung wegen Todes	511
III. Folgen der Anpassung wegen Todes der ausgleichsberechtigten Person	512
IV. Erlöschen der von der ausgleichspflichtigen Person im Versorgungsausgleich erworbenen Anrechte	512
V. Durchführung der Aussetzung der Kürzung; Zeitpunkt der Anpassung	513
Kapitel 9: Auswirkungen der Übertragung oder Begründung von Anrechten in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie Beamtenversorgung	514
A. Übertragung von Rentenanwartschaften	514
I. Umsetzung des Versorgungsausgleichs in der gesetzlichen Rentenversicherung	514
II. Zusammentreffen von Anrechten der knappschaftlichen Versicherung mit Anrechten der allgemeinen gesetzlichen Rentenversicherung	515
III. Auswirkungen bei Rentenbezug	515
B. Auswirkungen der Begründung von Rentenanwartschaften	515
I. Fälle der Begründung von Rentenanwartschaften im Versorgungsausgleich	515
II. Umrechnen der begründeten Rentenanwartschaft in Entgeltpunkte	516

III. Rentenrechtliche Auswirkungen der Begründung von Rentenanwartschaften durch Beitragsentrichtung	517
IV. Begründung von Rentenanwartschaften aufgrund der externen Teilung nach § 16 VersAusglG	517
C. Zeitpunkt der Rentenerhöhung beim Ausgleichsberechtigten	519
I. Versicherter der gesetzlichen Rentenversicherung	519
II. Übertragung von Anrechten der gesetzlichen Rentenversicherung auf Beamtin/Beamten ..	519
D. Probleme des Vollzugs der externen Teilung	519
I. Risikozuordnung bei fehlender Zahlung des Kapitalbetrags gemäß § 14 Abs. 4 VersAusglG, Vollstreckung	519
II. Versorgungsausgleichskasse sowie private Rentenversicherung als Zielversorgung	520
E. Zeitpunkt der Rentenminderung beim Ausgleichspflichtigen – Rentnerprivileg.	521
F. Umfang der Kürzung bei Anrechten, die nach § 1587 a Abs. 3, 4 BGB a. F. i. V. m. der Barwertverordnung dynamisiert wurden	521
Kapitel 10: Versorgungsausgleich mit Auslandsberührung und interlokales Recht	524
A. Überblick	524
B. Internationale und örtliche Zuständigkeit der deutschen Gerichte	524
I. Keine internationale Zuständigkeit nach multilateralen Staatsverträgen	524
II. Die internationale und örtliche Zuständigkeit der deutschen Gerichte im Versorgungsausgleich	525
C. Anzuwendendes Recht	527
I. Grundlagen	527
II. Systematik des Art. 17 Abs. 3 Satz 1 EGBGB.	528
III. Anwendung des deutschen Sachrechts auf Antrag	530
IV. Rechtswahl und Antrag nach Art. 17 Abs. 3 Satz 2 EGBGB.	532
V. Nachträgliche Durchführung des Versorgungsausgleichs im Inland.	533
VI. Ausländisches Scheidungsstatut und Art. 3 Abs. 3 EGBGB	533
D. Übergangsbestimmungen für Altfälle.	534
E. Einbeziehung ausländischer Anrechte bei Anwendung deutschen Sachrechts.	534
I. Grundlagen	534
II. Umfang der einzubeziehenden Anrechte	534
III. Berücksichtigung ausländischer Versicherungszeiten in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung	535
IV. Bewertung ausländischer Anrechte	535
V. Ausgleich ausländischer Anrechte	536
VI. Ermittlung ausländischer Anrechte	536
F. Versorgungsausgleich und interlokales Recht	538
I. Grundlagen	538
II. Durchführung des Versorgungsausgleichs bei Scheidung der Ehe vor dem 01.01.1992.	539
Kapitel 11: Das Verfahren zum Versorgungsausgleich.	540
A. Zuordnung des Verfahrens zu den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	540
B. Der Begriff der Versorgungsausgleichssachen	540
C. Verfahren innerhalb und außerhalb des Entscheidungsverbunds nach § 137 FamFG	541
I. Verfahren im Entscheidungsverbund.	541
II. Verfahren außerhalb des Verbunds	542
III. Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	542
IV. Auskunftsantrag und Stufenantrag zur Geltendmachung einer Auskunft zum Versorgungsausgleich	543
V. Verfahren zur Anpassung des Versorgungsausgleichs nach Rechtskraft.	544
D. Grundsätze des Verfahrens.	544

I.	Funktionelle Zuständigkeit des Familiengerichts	544
II.	Örtliche Zuständigkeit	544
III.	Rechtsanwaltszwang	546
IV.	Verbundverfahren	547
V.	Erörterung des Verfahrensgegenstands zum Versorgungsausgleich	548
VI.	Umfang der Ermittlungen	548
VII.	Aussetzung des Verfahrens	549
VIII.	Ruhen und Unterbrechung des Verfahrens	550
IX.	Abtrennung des Verfahrens zum Versorgungsausgleich aus dem Entscheidungsverbund	550
E.	Beteiligung am Versorgungsausgleichsverfahren	555
I.	Grundlagen	555
II.	Kreis der Beteiligten	555
III.	Absehen von der Beteiligung eines Versorgungsträgers	558
F.	Auskunfts- und Mitwirkungspflichten im Versorgungsausgleich	558
I.	Grundlagen zum materiell- und verfahrensrechtlichen Anspruch	558
II.	Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht	559
III.	Auskunftsanspruch der Ehegatten gegen den Versorgungsträger aus dem Versorgungsverhältnis	565
IV.	Gegenseitige familienrechtliche Auskunftsansprüche der Ehegatten	565
V.	Auskunftsanspruch der Ehegatten gegen den Versorgungsträger nach § 4 Abs. 2 VersAusglG	568
VI.	Auskunftsanspruch der Versorgungsträger gegen Ehegatten, Hinterbliebene und Erben	568
G.	Praktische Fragen zur Einleitung des Versorgungsausgleichsverfahrens	568
I.	Grundlagen	568
II.	Fehlende Angaben zu den Versorgungsverhältnissen	569
III.	Vorbereitende Maßnahmen in der Anwaltsberatung	570
H.	Bestimmung des zuständigen Rentenversicherungsträgers in der gesetzlichen Rentenversicherung bei fehlendem Versicherungskonto eines Ehegatten	570
I.	Durchführung der externen Teilung	571
I.	Anwendungsbereich des § 222 FamFG	571
II.	Fristsetzung des Familiengerichts	571
III.	Festsetzung des Zahlungsbetrags	572
IV.	Vollstreckung des Ausgleichswerts	573
J.	Das Verfahren für Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	573
I.	Regelungsbereich, keine Bezifferung des zu stellenden Antrags	573
II.	Feststellungsinteresse bei Ausgleichsansprüchen nach der Scheidung	574
K.	Die Entscheidung des Familiengerichts	575
I.	Entscheidung im Verbund und selbstständigen Verfahren	575
II.	Begründungspflicht, begrenzte Bekanntgabe der Verbundentscheidung	575
III.	Beschlussformel bei teilweisem oder vollem Ausschluss des Versorgungsausgleichs	576
IV.	Weitere Fälle der Nichtdurchführung des Versorgungsausgleichs	578
V.	Antragstellung bei kurzer Dauer der Ehe in der letzten mündlichen Verhandlung	578
VI.	Hinweispflicht des Familiengerichts in der Endentscheidung bei fehlender Entscheidungsreife	579
VII.	Fragen zum Verfahren bei geltend gemachter Härteklause	579
VIII.	Wirksamwerden der Endentscheidung, Eintritt der Rechtskraft bei Teilanfechtung	580
IX.	Fassung der Beschlussformel	580
X.	Teilentscheidungen im Versorgungsausgleich	582
XI.	Zwischenentscheidungen im Versorgungsausgleich	584
L.	Abänderung von Entscheidungen zum Versorgungsausgleich	585
I.	Verfassungsrechtliches Gebot einer Abänderungsregelung	585
II.	Neukonzeption der Abänderung von Entscheidungen zum Versorgungsausgleich	585
III.	Voraussetzungen der Abänderung des Wertausgleichs	586
IV.	Wesentliche Wertveränderung	590

V.	Erfüllung der Wartezeit in der gesetzlichen Rentenversicherung	590
VI.	Auswirkungen zugunsten eines Ehegatten oder seiner Hinterbliebenen	591
VII.	Durchführung einer Abänderung des Wertausgleichs bei der Scheidung	591
VIII.	Abänderung von Entscheidungen zum Wertausgleich nach der Scheidung	593
IX.	Abänderung von Vereinbarungen gem. den §§ 6–8 VersAusglG	595
X.	Verfassungswidrige Einschränkung des Abänderungsverfahrens auf die Regelsicherungssysteme?	596
XI.	Wiederaufnahmeverfahren im Versorgungsausgleich	601
M.	Rechtsmittel gegen Entscheidungen zum Versorgungsausgleich	603
I.	Anfechtung der Verbundentscheidung	603
II.	Rechtsmittelerweiterung – Anschlussrechtsmittel	604
III.	Rechtsmittel in selbstständigen Versorgungsausgleichsentscheidungen	607
IV.	Teilrechtsmittel	607
V.	Beschwer im Versorgungsausgleichsverfahren	608
VI.	Bindung an die Anträge im Beschwerdeverfahren	613
VII.	Verbot der Schlechterstellung	613
VIII.	Rechtskraft und Wirksamkeit von Versorgungsausgleichsentscheidungen	614
N.	Kostenentscheidung im Verfahren zum Versorgungsausgleich	615
I.	Kostenentscheidung in Verbundverfahren	615
II.	Kosten in selbstständigen Verfahren	615
III.	Kostenentscheidung im Rechtsmittelverfahren	615
IV.	Kostenentscheidung bei Anpassung wegen Unterhalt	616
O.	Gegenstandswerte in Versorgungsausgleichssachen nach dem FamGKG	616
I.	Grundlagen.	616
II.	Zeitpunkt zur Bewertung des Verfahrenswerts.	616
III.	Berücksichtigung individueller Einflüsse auf die Bemessungsgrundlage.	617
IV.	Berechnung des Verfahrenswerts, Wert bei kurzer Dauer der Ehe	617
V.	Verfahrenswert im Auskunftsverfahren	618
P.	Elektronischer Rechtsverkehr zwischen den Familiengerichten und den Versorgungsträgern ...	618
I.	Grundlagen.	618
II.	Technische Vorgaben.	618
III.	Nutzungspflicht	619
 Kapitel 12: Übergangsvorschriften zum Gesetz zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs		620
A.	Allgemeine Übergangsvorschriften.	620
I.	Problemstellung	620
II.	Inhalt der Änderungen	620
III.	Anwendung des VAStrRG bei Wiederaufnahme eines vor dem 01.09.2009 abgeschlossenen Verfahrens	621
B.	Wiederaufnahme von ausgesetzten Verfahren nach dem VAÜG.	622
I.	Wiederaufnahme auf Antrag oder von Amts wegen.	622
II.	Verfahren	622
C.	Abänderung des öffentlich-rechtlichen Versorgungsausgleichs, § 51 VersAusglG	623
I.	Überblick	623
II.	Regelungsbereich des § 51 VersAusglG	623
III.	Abänderung nur auf Antrag	625
IV.	Zulässigkeit des Antrags auf Abänderung – Wesentlichkeitsgrenzen	626
V.	Abänderung nach § 51 Abs. 3 VersAusglG aufgrund einer wesentlichen Wertverzerrung ...	631
VI.	Durchführung der Abänderung.	633
VII.	Keine Abänderung von Altverfahren im Fall eines Teilausgleichs nach § 3b Abs. 1 Nr. 1 VAHRG	634

D. Bewertung eines Teilausgleichs bei Ansprüchen aus dem schuldrechtlichen Versorgungsausgleich, § 53 VersAusglG 635

 I. Anpassung im Fall eines Teilausgleichs 635

 II. Problem der Bestimmung der Ausgleichsrente bei nicht ausgeglichenen Anrechten der ausgleichsberechtigten Person. 635

E. Weiter anwendbare Übergangsvorschriften des 1. EheRG sowie des Gesetzes über weitere Maßnahmen auf dem Gebiet des Versorgungsausgleichs für Sachverhalte vor dem 01.07.1977 636

Kapitel 13: Checkliste für typische Fehlerquellen bei Durchführung des Versorgungsausgleichs 638

A. Einleitung des Versorgungsausgleichsverfahrens 638

B. Klärungsbedürftige Fragen nach Antragstellung 638

C. Prüfung der erteilten Auskünfte 639

 I. Gesetzliche Rentenversicherung 639

 II. Beamtenversorgung 639

 III. Betriebliche Altersversorgung 640

 IV. Sonstige Versorgungen 640

 V. Sonstige Fragen 640

D. Kontrolle der gerichtlichen Entscheidung 640

Stichwortverzeichnis 643